

durch die geplante Finanzreform, die die Rechte der Gemeinden und Länder weiter beschneiden soll.

Und all das zusammengenommen wird den Westdeutschen als „formierte Gesellschaft“ serviert.

Die Tatsache, daß eine offensichtlich neofaschistische Partei in einigen westdeutschen Städten wachsenden Zulauf hat und bis zu 9 Prozent aller Wählerstimmen gewinnen konnte, sollte für alle Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die die Entwicklung in der Weimarer Republik bewußt miterlebten, ein Signal für Wachsamkeit sein. Bemerkenswerterweise hat diese neofaschistische Partei in den alten Traditionsstätten des deutschen Faschismus den stärksten Anhang.

Aber eine traditionsreiche deutsche Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Deutschlands, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg große Opfer gebracht hat, ist in Westdeutschland verboten. Ihre Mitglieder und Anhänger werden polizeilich verfolgt. So wird es dieser Partei unerhört erschwert, an der öffentlichen Diskussion der deutschen Fragen teilzunehmen und ihren Beitrag zu leisten.

*Von einer demokratischen Entwicklung haben wir andere Vorstellungen. Wenn tatsächlich die im Bonner Grundgesetz nieder gelegten demokratischen Rechte in Westdeutschland die Entwicklung bestimmten, hätten wir weniger Sorgen. Wir können die Empfehlungen nicht ganz verstehen, uns solche Art Demokratie zum Vorbild zu nehmen.*

Je mehr in Westdeutschland die antidemokratischen Kräfte die Oberhand gewinnen, desto schwieriger wird eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In dieser Entwicklung, nicht im Bestehen einer Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, liegt die akute Gefahr. Hinzu kommt die immer größere Teilnahme der westdeutschen Regierung am barbarischen USA-Krieg gegen die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes. Sie könnte Westdeutschland in das Kriegsabenteuer verwickeln. Wenn die restaurativen Kräfte heute über ganz Deutschland herrschen könnten, dann wäre wahrscheinlich der Krieg in Europa schon da.

Werte Genossen!

In der „Offenen Antwort“ werden wir aufgefordert, Schikanen gegen Westberlin einzustellen.